

gegenwärtig von der Militärstaatsanwaltschaft ermittelt werden. Wir wissen aber, daß viele Genossen dieses Ministeriums stets pflichtbewußt und ehrlich die ihnen erteilten Aufträge, die sie sich nicht aussuchen konnten, erfüllt haben. Wir wenden uns deshalb entschieden gegen pauschale Abqualifizierungen und vor allem gegen Repressalien, die jetzt beginnen, um sich zu greifen. (*Beifall*)

Und ich wiederhole es noch einmal: Rechtsstaatlichkeit ist unteilbar und muß für jeden gelten. Wir erwarten, daß die Regierung alle Bürger dieses Landes vor Übergriffen schützt, auch Genossen und auch Mitarbeiter des Amtes und auch ihre Angehörigen. (*Beifall*)

Selbstjustiz, Vergeltung und Rache sind bar jeder Kultur und eines jeden Volkes unwürdig. (*Beifall*)

Durch die starke Diskreditierung des Amtes ist nach meiner Meinung allerdings seine Auflösung erforderlich, wobei die berufliche Eingliederung der Mitarbeiter unbedingt zu sichern ist. Bezüglich der notwendigen Aufgabenstellungen ist deren Erfüllung auf neue Art und Weise zu gewährleisten. Die Verantwortung liegt bei der Regierung, und ich will und kann diesbezüglich keine Empfehlungen geben.⁹⁵

Sechstens, wie stehen wir zu Streiks oder zu drohenden Streiks und zum Streikrecht? – In der gegenwärtigen angespannten Wirtschaftslage wären Streiks verantwortungslos. Sie nutzen und bewirken wenig, aber schaden allen und wirken destabilisierend. (*Beifall*)

Wir rufen deshalb alle Werktätigen auf, im ureigensten Interesse verantwortungsbewußt zu arbeiten und dadurch die materiellen Voraussetzungen für die Versorgung der Bevölkerung und die demokratische Erneuerung zu sichern. Demokratie ohne materielle Absicherung ist sinnlos und überflüssig. (*Beifall*)

Mit dem Aufkommen neuer Eigentumsformen in unserem Lande werden sich jedoch die Arbeitsbedingungen verändern. Die Gewerkschaften werden von Tag zu Tag selbstbewußter, und es ist deshalb nicht ausgeschlossen, in einem neuen Betriebsverfassungsgesetz breite Mitbestimmung der Werktätigen in den Betrieben so zu garantieren und zu regeln, daß als allerletztes Mittel der Auseinandersetzung gegebenenfalls auch der Streik entsprechend beschlossen werden kann. Aber das hat nichts mit heute und hier zu tun. Das ist eine Zukunft, wenn wir hier Joint-ventures und alles Mögliche bekommen und sich dadurch eben auch die Bedingungen verändern. Darauf möchte ich hinweisen, aber dazu muß es erst ein Gesetz geben, über das wir alle zusammen in diesem Lande gründlich nachdenken sollten. (*Beifall*)

Wir sollten aber vor allem sichern, daß wir solche Bedingungen schaffen, daß unsere Arbeiter im Betrieb sich als Miteigentümer fühlen und so handeln.

95 Am 14. Dezember 1989 wurde die Auflösung des Amtes für Nationale Sicherheit (AfNS) vom DDR-Ministerrat beschlossen. Ersatzweise sollten ein Verfassungsschutz und ein Nachrichtendienst aufgebaut werden. Am 13. Januar 1990 erging ein Ministerratsbeschluß zur ersatzlosen Auflösung des AfNS. Am 8. Februar 1990 wurde dazu ein „Komitee zur Auflösung des ehemaligen AfNS“ eingerichtet.